



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

16.09.04

Umwelt und Gesundheit in Dortmund

Presseerklärung

Die umweltmedizinischen Wirkungsuntersuchungen in Dortmund (von Februar bis Juni 2000 fanden Gesundheitsuntersuchungen statt) und Duisburg haben bestätigt, dass BewohnerInnen in der Nähe von industriellen Anlagen spezifische gesundheitsrelevante Beeinträchtigungen aufweisen. Im Jahr 2001 endete die Stahlproduktion in Dortmund und damit der permanente Ausstoß von Schadstoffen, der jahrelang von den AnwohnerInnen in der Nähe des Stahlwerkes beklagt wurde. Für sie ist der endgültige Nachweis nicht mehr relevant. Die Belastung der Menschen mit Schwebstaub und Nickel sank deutlich.

Aktuell sind aber nach wie vor auffällige Werte bei Bronchialasthma. Die untersuchenden WissenschaftlerInnen haben festgestellt, dass dieses Bronchialasthma neben der industriellen Belastung auch mit der Belastung durch den Straßenverkehr verknüpft ist. Bei Kindern, die täglich mehr als eine Stunde dem Straßenverkehr mit seinen Abgasen ausgesetzt sind, wird vierfach häufiger allergisches Asthma beobachtet als bei Kindern, die dem Straßenverkehr nur wenig ausgesetzt sind.

Schon lange bekannt ist, dass Menschen in Ballungsgebieten, bezogen auf Luftschadstoffe aus Industrie und Straßenverkehr, einem fünfmal so hohen Krebsrisiko ausgesetzt sind, wie Menschen in ländlichen Regionen. Ziel ist es, dass Risiko um die Hälfte zu senken, indem für verschiedene krebsauslösende Substanzen ein deutlich reduzierter Zielwert vorgegeben wird. (Beispiel Benzol: Gültiger Wert laut BImSchG $10\mu\text{g}/\text{m}^3$ Luft, Zielwert laut einer Empfehlung des Länderausschusses für Immissionsschutz $2,5\mu\text{g}/\text{m}^3$)

Aufgrund der besorgniserregenden Zahlen einerseits und der strengeren Grenzwerte der EU-Luftqualitätsrichtlinie ab 2005, teilweise leider erst ab 2010, wurden in NRW zahlreiche Messungen vorgenommen. Modellrechnungen haben ergeben, dass an einer hohen Anzahl von Straßenabschnitten in NRW die Grenzwerte wahrscheinlich nicht einzuhalten sind. Aus diesem Grund wurden weitere Immissionsmessungen durchgeführt, um zu ermitteln, wo Maßnahmepläne erforderlich sind.

Auch in Dortmund sind an verschiedenen Stellen Immissionsmessungen zur Ermittlung der verkehrsbedingten Schadstoffe durchgeführt worden. Teils wurden - wie in Hörde an der



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Fasstrasse - nicht unbeträchtliche Überschreitungen von Grenzwerten festgestellt; teilweise werden Werte eingehalten, die zwar den EU-Richtlinien entsprechen, die Zielwerte zur Erreichung einer Reduzierung des luftschadstoffbedingten Krebsrisikos aber bei weitem nicht erreichen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die neue Wahlperiode zum Ziel, für das gesamte Stadtgebiet aussagekräftige Daten bezüglich der Immissionswerte zu erhalten, Entwicklungsprognosen zu erstellen und Planungen zur Reduzierung der Luftschadstoffe vorzunehmen. In einem ersten Schritt sind insbesondere die Stickoxide und Feinstäube zu reduzieren. Die entsprechenden Grenzwerte sind bereits in die TA-Luft übernommen worden. Andere Regelungen treten erst 2010 in Kraft. Für einige Luftschadstoffe gibt es noch keine verbindlichen Regelungen sondern nur die Empfehlungen des Länderausschusses für Immissionsschutz (LAI).

Unsere Fraktion vertritt die Auffassung, dass die Empfehlungen des Länderausschusses Grundlage des kommunalen Handelns sein sollten. Dass ein energisches Handeln in vielen hoch belasteten Bereichen der Stadt notwendig ist, macht nicht nur die hot-spot-Studie deutlich. Wir plädieren dafür, die Gesundheits- und Umweltdaten systematisch über einen längeren Zeitraum zu koppeln. Eine Folge der Luftschadstoffbelastungen ist nicht die Erhöhung des Krebsrisikos, sondern auch die Schädigung von Herz und Gefäßen durch winzige Staubartikel. In der Konsequenz muss versucht werden, die Abgasmenge an kritischen Punkten deutlich und stadtklimatische Bedingungen zu schaffen, die eine gute Durchlüftung sichern. Wir setzen darauf, immer mehr Menschen davon zu überzeugen, dass Wege auch anderes als mit dem PKW zurückgelegt werden können. Dazu bedarf es einer deutlich verbesserten Radfahrpolitik und verbesserter Bedingungen für FußgängerInnen und ÖPNV-BenutzerInnen. Der neue Rat muss einen Aktionsplan „Luft“ verabschieden, der vorsorgt und aufklärt, bevor die Belastung zur Krankheit wird.